

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP
im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

Vorlage-Nr. 1861/2020

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 04. November 2020

Positiv-Liste für Plakatierverordnung

In jedem Wahlkampf erlässt der Oberbürgermeister eine besondere Regelung für das Plakatieren im öffentlichen Straßenraum im Rahmen des Wahlkampfs. In den letzten Wahlkämpfen war diese Verordnung so gestaltet, dass große Teile der Altstadt als Verbotzone galten, dass die Regelungen zum Plakatieren an Bäumen zu Missverständnissen führten, dass es hohen Interpretationsbedarf bzgl. der Definition von „Ziermasten“ gab, dass es bei verbotenen Übereinanderplakatierungen für das Ordnungsamt unmöglich zu erkennen war, welche Partei sich zuerst den Standort gesichert hatte. Die hochkomplizierte Regelung führte selbst beim Ordnungsamt zu offensichtlicher Verwirrung und hatte zur Konsequenz, dass einige Plakate versehentlich zu Unrecht abgeräumt wurden. Dies alles zeigt, dass diese Plakatierverordnung besonders in der Altstadt nicht praktikabel ist und für die betroffenen Parteien aufgrund ihrer fehlenden Klarheit und detailversessenen Kompliziertheit eine Zumutung darstellt, ganz zu schweigen davon, dass die praktische Durchsetzbarkeit mehr als zu wünschen übrig lässt.

Um solche Probleme in der Zukunft zu vermeiden, bittet der Ortsbeirat die Verwaltung, das Plakatieren in der Altstadt so zu regeln, dass eine Positivliste von zulässigen Standorten erstellt wird (anstatt wie bisher ein umfangreicher und unklarer Kriterienkatalog für Verbote). Diese zulässigen Standorte sollten proportional unter den Parteien verlost werden. Die Zuteilungsmethodik sollte das in der Rechtsprechung anerkannte Prinzip der „abgestuften Chancengleichheit“ ermöglichen, bei der die bisherigen Wahlergebnisse im Ortsbezirk herangezogen werden können. Die Zahl der zulässigen Standorte sollte jedoch auch hoch genug sein, um das ebenfalls in der Rechtsprechung festgestellte angemessene Maß an Selbstdarstellung der Parteien zu gewährleisten.

Renate Ammann
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Ulrike Gerster
CDU

Dr. Wolfgang Klee
FDP